

Das Budgetprovisorium von der Tagesordnung abgelehnt.

Wien, 26. Februar.

In der parlamentarischen Situation ist heute neuerdings eine Verschärfung eingetreten. Der Budgetausschuß hat die Regierungsvorlage über das Budgetprovisorium in der ihm gestellten Frist nicht erledigt. Nach den Bestimmungen der neuen Geschäftsordnung kommt sie nun ohne Bericht vor das Plenum des Hauses und heute sollte die zweite Lesung beginnen. Infolge des Beschlusses der deutschen Sozialdemokraten ist nur eine Majorität für das eigentliche Budgetprovisorium, nicht aber auch für die in der Vorlage enthaltene Kreditermächtigung von sechs Milliarden vorhanden. Gestern verlautete, daß die Regierung für die in § 3 der Vorlage enthaltene Kreditermächtigung eine eigene Vorlage einbringen werde und daß insolgedessen vorläufig nur das eigentliche Budgetprovisorium vom Hause beschloffen werden würde.

Heute wurde bekannt, daß die Regierung an der Absicht festhält, die Indemnitätsvorlage einschließlich der Kreditermächtigung als ein Ganzes zu behandeln. Die Situation ist daher wieder vollkommen ungeklärt, schon mit Rücksicht auf die dritte Lesung, in der nicht mehr paragraphenweise, sondern über die gesamte Vorlage abgestimmt wird, demnach eine Mehrheit für die Indemnität und die Kredite notwendig ist. Es sollen zunächst Verhandlungen mit den Polen und Südslawen eingeleitet werden, um eine solche Mehrheit zu gewinnen.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde vom Präsidenten sofort nach der Verlesung des Einlaufes unterbrochen. Nach der Unterbrechung trat die Obmännerkonferenz zusammen. Diese hatte den Zweck, eine Aussprache zwischen den Parteien herbeizuführen und womöglich eine versöhnlichere Stimmung vorzubereiten.

Die Obmännerkonferenz beschäftigte sich zunächst mit dem Vorschlage, eine Unterbrechung der Sitzung eintreten zu lassen. Man einigte sich aber dahin, das Haus weiter tagen zu lassen, das Budgetprovisorium aber von der Tagesordnung abzusetzen und über eine unpolitische Tagesordnung zu verhandeln. Die Folge der Absetzung des Budgetprovisoriums von der Tagesordnung wird ein *Ex leg.*-Zustand sein.

Die Obmännerkonferenz.

Unmittelbar nach der Unterbrechung der Haus Sitzung trat die Obmännerkonferenz unter dem Vorsitze des Präsidenten Dr. Groß zusammen. Ministerpräsident Dr. v. Seidler und Finanzminister Freiherr v. Wimmer wohnten der Beratung an.

Präsident Dr. Groß teilte mit, daß er auf Wunsch einiger Parteien die Haus Sitzung unterbrochen habe, um den Obmännern Gelegenheit zu einer Aussprache zu geben, von der er hoffe, daß sie die parlamentarische Maschine wieder in Gang bringen werde. Die Besprechungen der Parteiführer sollen sich vornehmlich darauf erstrecken, wie eine Milderung der Gegensätze zwischen den Parteien, die zur Erzielung einer Mehrheit für die dringendsten Staats- und Volksnotwendigkeiten erforderlich ist, herbeigeführt werden könne. Von mehreren Seiten sei die Anregung gegeben worden, daß für die Dauer dieser Verhandlungen die Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses ausgesetzt werden.

In der Debatte über den formalen Vorgang erklärte der Abgeordnete Seitz, daß sich die Schwierigkeiten aus den §§ 2 und 3 der Vorlage über das Budgetprovisorium ergeben. Bezüglich des § 2 halte er es für einen Ausweg, wenn darüber die Delegation Beschluß fassen würde, worauf dann das Abgeordnetenhaus den Delegationsbeschluß ratifizieren könnte. Hinsichtlich des § 3 sei er der Meinung, daß die in der allgemeinen Kreditermächtigung angeforderten sechs Milliarden hinsichtlich ihrer Verwendung genau detailliert werden, so daß ersichtlich wird, welche Beträge für die infolge durch den Krieg verursachten sozialpolitischen Maßnahmen und welche für die Zwecke der reinen Kriegsführung bestimmt sind. Für die erste Gruppe würde sich sicherlich das ganze Haus aussprechen.

Abg. Tuzar verwahrt sich dagegen, daß die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses, wie verlautete, entsprechend den Wünschen der Titularmehrheitsparteien geschlossen und die nächste Sitzung in schriftlichem Wege einberufen werden soll.

Präsident Hausner und Dr. Waldner erklärten hierauf, daß eine solche Absicht nicht bestanden habe, sondern daß man lediglich bezweckte, in der Obmännerkonferenz ein Einvernehmen über die Aussetzung der Plenarverhandlungen herbeizuführen. Jedenfalls schein es notwendig, für die Verhandlungen der Parteien Zeit zu gewinnen und deshalb die Plenarsitzungen zu unterbrechen.

Von oppositioneller Seite wurde die Notwendigkeit einer Aussprache der Parteien anerkannt und grundsätzlich diesem Plane zugestimmt. In der Debatte wurden über den Termin der nächsten Sitzung des Hauses verschiedene Vorschläge gemacht. Die Mehrzahl der Redner trat dafür ein, daß die nächste Sitzung erst Dienstag den 5. März stattfinden soll. Damit würde zwar ein *Ex leg.*-Zustand eintreten, mit dem man sich jedoch abfinden könnte.

Abg. Ritter v. Wastitz trat dafür ein, daß die nationalen Parteien, insbesondere die Deutschen einerseits und die Czechen und Südslawen andererseits, miteinander zur Aussprache über die sie trennenden Punkte zusammentreten mögen.

Im Verlaufe der Debatte wurden von mehreren Seiten Bedenken gegen die Unterbrechung der Haus Sitzungen vorgebracht. Abgesehen von dem ungünstigen Eindrucke der Unterbrechung würden die Verhandlungen zwischen den Parteien dadurch eher gelähmt als gefördert werden, da die Abgeordneten nicht vollzählig in Wien bleiben würden und die Obmänner deshalb Schwierigkeiten hätten, sich mit ihren Parteigenossen über die einzelnen Fragen zu beraten. Ueber das Budget zu sprechen, habe jetzt wohl niemand Neigung.

Abgeordneter Koroschec führte aus, daß um die Anwendung des § 14 zu vermeiden, die Tätigkeit des Abgeordnetenhauses unter allen Umständen aufrecht erhalten bleiben müsse. Das Budgetprovisorium könnte von der Tagesordnung abgesetzt werden, aber es sei möglich, Gesetze, die keine politische Bedeutung besäßen, auf die Tagesordnung zu stellen und zu beraten. Dadurch würde immerhin Zeit genug zu den Verhandlungen der Parteien erübrigt werden, ohne daß irgendein Störungstoff durch das Behandlungsthema geschaffen würde.

Abgeordneter Seitz pflichtete dieser Meinung bei und es wurde schließlich vereinbart, diesen Vorschlag anzunehmen.

Das Budgetprovisorium wird von der Tagesordnung abgesetzt und zunächst das Gesetz, betreffend den formalen Vorgang bei der Uebertragung von Fideikommissen im Erbschaftsweg, dann das Gesetz, betreffend die Verwendung von Phosphor als Düngemittel, und endlich das Gesetz über die Invalidenversorgung auf die Tagesordnung gestellt werden. Die Sitzung des Abgeordnetenhauses wird um 2 Uhr wieder aufgenommen werden und der Präsident wird in ihr die angeführte Tagesordnung verkünden. Das Abgeordnetenhaus wird die ganze Woche hindurch Sitzungen halten und man glaubt, daß man bis zum nächsten Dienstag so weit sein wird, um die Verhandlungen über das Budgetprovisorium fortsetzen zu können.

Beratungen der Herrenhausparteien.

Heute vormittags traten die Exekutivkomitees der drei Gruppen des Herrenhauses zu einer Beratung zusammen. Dann fand eine Obmännerkonferenz statt, an der Fürst Fürstenberg, Freiherr v. Czedit und Prinz Lobkowitz teilnahmen. Nachmittags finden Plenarversammlungen der drei Gruppen statt. Die czechischen Mitglieder des Herrenhauses werden eine Sonderberatung abhalten.